

Bezirksamt Mitte von Berlin



Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport

Bezirksamt Mitte von Berlin, 13341 Berlin (Postanschrift)

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Frau Ministerin Dr. Kristina Schröder

Glinkastr. 24
10117 Berlin

Dienstgebäude **Karl-Marx-Allee 31
10178 Berlin**
(bitte immer angeben)
Geschäftszeichen **JugSchuSpo L**
Aktenzeichen
Frau Schrader
Zimmer **723**
Fernruf (Durchwahl) **9018-2 3700**
(intern) **918 ...**
Fax **9018-2 3498**
eMail **petra.schrader@ba-mitte.
verwalt-berlin.de**
Datum **28. Februar 2011**

„Demokratieerklärung“ als Anlage zum Zuwendungsbescheid für das Bundesprogramm des BM FSFJ „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

Unter dem Motto „Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wurden seit vier Jahren in zwei Fördergebieten im Berliner Bezirk Mitte Projekte für die Entwicklung unseres Gemeinwesens entwickelt. Im Lokalen Aktionsplan Osloer Straße wurden im Rahmen des Programms über 60 Projekte mit einem Fördervolumen von 458.257 Euro und in Moabit 45 Projekte mit 361.880 Euro realisiert.

Unser Bezirk Mitte ist ein bunter und lebendiger Bezirk. Hier leben ca. 325.000 Menschen aus mehr als 140 Nationen. Hier befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft das Regierungsviertel mit dem Bundestag in seiner Mitte und die sozial schwächsten Gebiete Berlins. Freie Träger, Vereine, aber auch engagierte Einzelpersonen haben in dieser Zeit Ideen und Vorhaben entwickelt, um insbesondere der Perspektivlosigkeit und Ausgrenzung von Kindern, Jugendlichen und Migrantinnen und Migranten entgegenzuwirken und Chancengleichheit, Toleranz und Respekt zu befördern. Viele der Projekte wurden gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt und durchgeführt und zeichnen sich durch ihre nachhaltige Wirkung aus. Dies ergibt sich insbesondere daraus, dass die Beteiligten durch das eigene Erleben von Demokratie und Teilhabe Erfahrungen gemacht haben, die geeignet sind, Wirkungen für das ganze weitere Leben zu entfalten. In diesem Sinne kann ich Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesministerin, versichern, dass wir die im Rahmen des von Ihnen verantworteten Bundesprogramms bereit gestellten Mittel sinnvoll verwendet haben.

Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung entschlossen ist, das Programm fortzusetzen. Ich habe dem Jugendhilfeausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte darüber ausführlich berichtet. Wir haben gemeinsam auch auf Grundlage der bisher gemachten guten Erfahrungen entschieden, uns um die Teilnahme zu bewerben.

Das Bekenntnis zum Grundgesetz und damit zur freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Staates ist dabei aus meiner Sicht wichtiger Bestandteil und Voraussetzung für die Teilnahme am Programm. Dieser demokratische Grundkonsens eint uns und ist Grundlage zivilgesellschaftlichen Engagements. Dies steht außer Frage.

Verkehrsverbindungen



Schillingstraße



200, 142



Alexanderplatz



M 4, M 5, M 6, M 8

Telefax (0 30) 9018-2 35 00

T-Online *Berlin#

Internet <http://www.berlin.de>

Zahlungen bitte bargeldlos

an das Bezirksamt Mitte von Berlin, Bezirkskasse

Geldinstitut **Kontonummer** **Bankleitzahl**

Postbank 650 530 102 100 100 10

Doch es bestehen erhebliche Zweifel an der dem Zuwendungsbescheid beigefügten und für die Teilnahme zwingend zu unterzeichnenden „Demokratieerklärung“. Diese Zweifel werden mittlerweile durch Rechtsgutachten gestützt, die verfassungsrechtliche Bedenken angesichts der vorgesehenen Verfahrensweise geltend machen.

Mit der Einforderung des Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterstellen Sie das Vorhandensein antidemokratischer Haltungen der Teilnehmenden. Mit der Verpflichtung dafür einzustehen, dass auch die Kooperationspartner auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, fordern Sie eine Garantieerklärung, die keiner geben kann. Dies zu prüfen und zu bewerten ist Aufgabe der dafür in unserem Staat beauftragten Institutionen.

Welche Folge hat die von Ihnen eingeforderte Garantieerklärung? „In einem Klima des Misstrauens und der gegenseitigen Gesinnungsüberprüfung dürfte sich das Erleben von demokratischer Teilhabe kaum organisieren lassen.“ So heißt es im Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes des Bundestages (S.17).

In besonderem Fokus steht dabei für Sie das Verhältnis zur Partei DIE LINKE. Als Stadträtin für Jugend, Schule und Sport vertrete ich die Partei DIE LINKE im Bezirksamt. DIE LINKE ist eine Partei, die seit langem kommunalpolitische Verantwortung in Berlin und in unserem Bezirk trägt und der Sie nur sehr eingeschränkt zugestehen, dass sie auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Sie schreiben in Ihren Hinweisen, dass es darauf ankomme... Worauf kommt es denn an? Diese Antwort bleiben Sie schuldig. Sie belasten mit Ihrem Generalverdacht gegenüber meiner Partei ein lang bewährtes und vertrauensvolles Zusammenwirken der zivilgesellschaftlichen Kräfte in unserem Bezirk, das von den Prinzipien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestimmt ist.

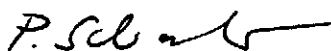
Mit der Verpflichtung zur Unterschrift verunsichern Sie die Menschen und befördern ein Klima des Misstrauens und der Einschüchterung. Doch der engagierte Einsatz für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenhass braucht das breite zivilgesellschaftliche Bündnis, braucht Vertrauen und Gemeinsinn! Die Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Frau Carola Bluhm, hat erst vor wenigen Tagen auf die Erfolge des Berliner Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Respekt hingewiesen und Widerspruch gegen die Vorgehensweise der Bundesregierung eingelegt. Für Berlin werde man an der vertrauensvollen Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Kräfte festhalten, so erklärte sie. Die im Rahmen des Berliner Landesprogramms gemachten Erfahrungen beweisen, dass es einer solchen „Demokratieerklärung“ nicht bedarf!

Getreu dem Ziel des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ haben wir uns entschieden, uns auch künftig im Sinne der Zielstellung des Programms daran zu beteiligen. Wir wollen das Programm nutzen, um das Erreichte zu sichern, lokale Bündnisse zu stärken, demokratische Strukturen weiter zu entwickeln und zivilgesellschaftliches Engagement zu befördern. Wir wollen dies insbesondere in und mit den Schulen und Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen leisten. Die Programmmittel werden wir dabei gut nutzen können. Sie erweitern auf beste Art und Weise die engen Spielräume des bezirklichen Haushalts.

Es ist zu bedauern, dass ich dafür von den Zuwendungsempfängenden eine Unterschrift unter die Erklärung in ihrer Gänze verlangen muss. Wir stehen vor der Entscheidung, auf die Mittel zu verzichten oder durch engagiertes Eintreten für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit die von Ihnen abverlangte „Demokratieerklärung“ ad absurdum zu führen. Wir haben uns für Letzteres entschieden. Damit dürfte der Zielstellung des Programms entsprochen sein und einer Ausreichung der Mittel nichts mehr im Wege stehen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte Sie hiermit bitten, die vielfach geäußerten und an Sie und die Bundesregierung herangetragenen Bedenken bezüglich der von Ihnen geforderten „Demokratieerklärung“ ernsthaft zu prüfen und diese zurück zu ziehen! Es besteht ansonsten die Gefahr, dass ein bewährtes, sinnvolles und notwendiges Programm konterkariert wird. Es sollte im Sinne der Zielstellungen des Programms vermieden werden, dass Gerichte über die Rechtmäßigkeit der von Ihnen abverlangten „Demokratieerklärung“ entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Schrader